

FAKTEN UND TRENDS

Deutschland aktuell – Ausgabe 2004



Statistisches Bundesamt

Herausgeber:

Statistisches Bundesamt, Wiesbaden

Redaktion:

Gruppe IC, Kerstin Hänsel

Redaktionsschluss: 21. Januar 2004

Erscheint jährlich

Erschienen im Januar 2004

Bestellnummer: 0000114-04700-1

© Statistisches Bundesamt, Wiesbaden, Januar 2004

Vervielfältigung und unentgeltliche Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet.



1	Gesamtwirtschaft	2
2	Außenhandel	4
3	Erwerbstätigkeit	6
4	Preise	8
5	Bevölkerung	10
6	Private Haushalte	12
7	Bildung	14
8	Information und Kommunikation	16
9	Tourismus	18



Wirtschaftswachstum im Jahr 2003 leicht rückläufig

Das deutsche Bruttoinlandsprodukt ging im Jahr 2003 im Vergleich zum Vorjahr real leicht um 0,1% zurück. Nach 1993 war dies der zweite Rückgang der Wirtschaftsleistung in Deutschland seit der Wiedervereinigung. Insgesamt gesehen befindet sich die deutsche Wirtschaft nicht in einer Rezession, sondern 2002 und 2003 in einer Phase der Stagnation. Im dritten und vierten Quartal 2003 war eine leichte Belebung festzustellen.

Im weltweiten und europäischen Vergleich gehörte Deutschland im Jahr 2003 zu den Industrieländern mit der schwächsten wirtschaftlichen Entwicklung. Innerhalb der EU haben nach Schätzungen der EU-Kommission lediglich Portugal (-0,8%) und die Niederlande (-0,9%) niedrigere Wachstumsraten.

Die Liste der höchsten Wirtschaftszuwächse der Europäischen Union wird von Griechenland mit prognostizierten 4,1%, Spanien mit 2,3% und dem Vereinigten Königreich mit 2,0% angeführt. Luxemburg, Schweden, Finnland und Irland haben Wachstumsraten zwischen 1,2% und 1,6%, Frankreich, Italien, Belgien, Dänemark und Österreich von 0,1% bis 0,9%.

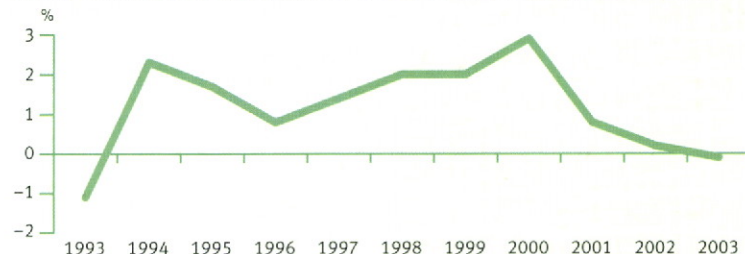
Am Bruttoinlandsprodukt der Eurozone hatte das deutsche nominale Bruttoinlandsprodukt 2003 nach einer Prognose der EU-Kommission mit 2130 Mrd. Euro einen Anteil von 29%.

Während im Jahr 2003 die Wirtschaft der EU insgesamt um 0,7% wuchs – nach 1,0% im Jahr zuvor – stieg die Wirtschaftsleistung in den USA um 2,8%; im Jahr 2002 waren es dort 2,5%. In Japan betrug das Wirtschaftswachstum 2,6% im Jahr 2003; im Jahr zuvor waren es –0,4%.

Neuverschuldung öffentlicher Haushalte

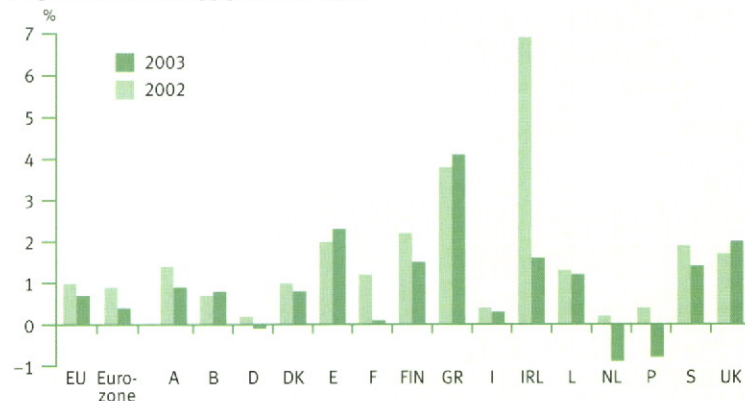
Im Jahr 2003 betrug in Deutschland das Finanzierungsdefizit des Staates (Bund, Länder, Gemeinden, Sozialversicherungen) rund 86 Mrd. Euro. Gemessen am Bruttoinlandsprodukt in jeweiligen Preisen ist dies mit 4,0% die höchste Neuverschuldung seit der Wiedervereinigung und höher als der im Stabilitäts- und Wachstumspakt festgelegte Referenzwert von 3% des Bruttoinlandsprodukts.

Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1995 (Veränderung gegenüber dem Vorjahr)



Reales Bruttoinlandsprodukt in den Mitgliedstaaten der EU

(Prognostizierte Veränderung gegenüber dem Vorjahr)



Quelle: Eurostat: New Cronos, Dezember 2003 sowie 'European Economy'. Nr. 5/2003.



Außenhandel 2003 erneut gewachsen

Nach einer Schätzung auf Basis Januar bis November 2003 wurden von Deutschland im Jahr 2003 Waren im Wert von rund 660 Mrd. Euro exportiert und Waren im Wert von rund 530 Mrd. Euro importiert. Daraus folgt ein Ausfuhrüberschuss von rund 130 Mrd. Euro. Im Vorjahresvergleich haben die Ausfuhren voraussichtlich um rund 1% und die Einfuhren um rund 2% zugenommen.

Wie in den vergangenen Jahren war 2003 Frankreich der mit Abstand wichtigste Außenhandelspartner Deutschlands. Insgesamt wurden zwischen beiden Ländern von Januar bis Oktober Waren im Wert von 99 Mrd. Euro gehandelt (Ein- und Ausfuhr). Nach Frankreich ausgeführt wurden in diesem Zeitraum Waren im Wert von 58 Mrd. Euro; von dort importiert wurden Waren im Wert von 41 Mrd. Euro. Im Vergleich zum Vorjahreszeitraum entspricht dies einer Zunahme von 1,7% der Exporte und 1,0% der Importe.

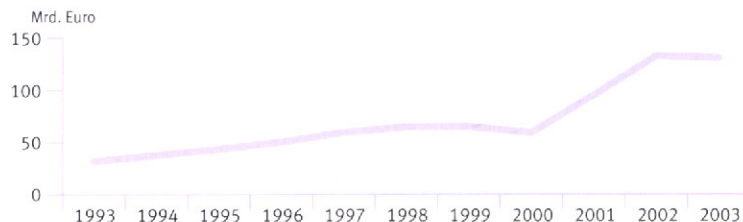
Zu den 15 wichtigsten Handelspartnern Deutschlands zählen – wie im Vorjahr – die Tschechische Republik, Polen und Ungarn, drei der EU-Beitrittsländer 2004. Der Außenhandelsumsatz (Ein- und Ausfuhr) mit diesen Ländern stieg in den vergangenen Jahren kontinuierlich und betrug im Zeitraum Januar bis Oktober 2003 für die Tschechische Republik über 28 Mrd. Euro, für Polen rund 27 Mrd. Euro und für Ungarn knapp 20 Mrd. Euro.

Besonders dynamisch verlief 2003 die Entwicklung des Außenhandels mit China. Die Ausfuhren nach China stiegen im Zeitraum Januar bis Oktober 2003 um 26,9% auf rund 15 Mrd. Euro, die Einfuhren um 17% auf rund 20 Mrd. Euro.

Autos sind wichtigstes Handelsgut

Die größten Umsätze im deutschen Außenhandel werden mit Kraftwagen, Kraftwagenteilen und sonstigen Fahrzeugen gemacht. Im Zeitraum Januar bis Oktober 2003 betrugen die Ausfuhren für diese Warengruppe 106 Mrd. Euro, die Einfuhren 47 Mrd. Euro. An zweiter Stelle lagen Chemische Erzeugnisse, deren Wert auf der Export-Seite 69 Mrd. Euro und auf der Import-Seite 47 Mrd. Euro betrug. Den dritten Platz unter den wichtigsten Handelsgütern nahmen Maschinen ein, die im Zeitraum Januar bis Oktober 2003 im Wert von 75 Mrd. Euro aus Deutschland ausgeführt und für 31 Mrd. Euro nach Deutschland importiert wurden.

Ausfuhrüberschuss des deutschen Außenhandels



Deutschlands wichtigste Außenhandelspartner 2003

		Außenhandelsumsatz in Euro Januar bis Oktober 2003
1	Frankreich	98,7 Mrd.
2	USA	85,2 Mrd.
3	Vereinigtes Königreich	72,5 Mrd.
4	Niederlande	69,9 Mrd.
5	Italien	68,4 Mrd.
6	Belgien	48,8 Mrd.
7	Österreich	46,3 Mrd.
8	Spanien	40,3 Mrd.
9	Schweiz	37,5 Mrd.
10	China	35,3 Mrd.
11	Tschechische Republik	28,4 Mrd.
12	Polen	26,6 Mrd.
13	Japan	25,7 Mrd.
14	Russische Föderation	20,8 Mrd.
15	Ungarn	19,9 Mrd.



Zahl der Erwerbstätigen rückläufig

Nach ersten vorläufigen Berechnungen hatten im Durchschnitt des Jahres 2003 rund 38,3 Mill. Erwerbstätige ihren Arbeitsplatz in Deutschland. Das waren rund 390 000 Personen oder 1,0% weniger als ein Jahr zuvor. 2002 hatte sich der Umfang der Erwerbstätigkeit erstmals seit 1997 um 0,6% verringert.

Die Anzahl der Erwerbslosen (in der Abgrenzung der Internationalen Arbeitsorganisation) stieg im Jahr 2003 gegenüber dem Vorjahr um 265 000 Personen (7,8%) auf 3,7 Mill. Erwerbslose. Der Anteil der Erwerbslosen an der Gesamtzahl der Erwerbspersonen erhöhte sich damit gegenüber dem Vorjahr von 8,1% auf 8,7%.

Der Rückgang der Erwerbstätigkeit war im Jahresdurchschnitt 2003 – wie bereits im Vorjahr – bei den Arbeitnehmern stärker als bei den Erwerbstätigen insgesamt: Die Zahl der Arbeitnehmer verringerte sich im Vergleich zum Vorjahr um 1,3% auf 34,1 Mill. Personen, während sich die Zahl der Selbstständigen und mithelfenden Familienangehörigen um 1,3% auf fast 4,2 Mill. erhöhte.

Im Produzierenden Gewerbe ohne Baugewerbe hat sich im Jahresdurchschnitt 2003 der im Jahr 2002 wieder einsetzende Personalabbau mit einem Rückgang der Erwerbstätigkeit um 2,6% verschärft. Dagegen schwächte sich im Baugewerbe der seit 1996

anhaltende Beschäftigungsrückgang ab: Von -6,2% im Jahr 2002 auf -5,1% im vergangenen Jahr. In der Land- und Forstwirtschaft sank die Zahl der Erwerbstätigen mit -1,3% fast genau so stark wie im Jahr zuvor.

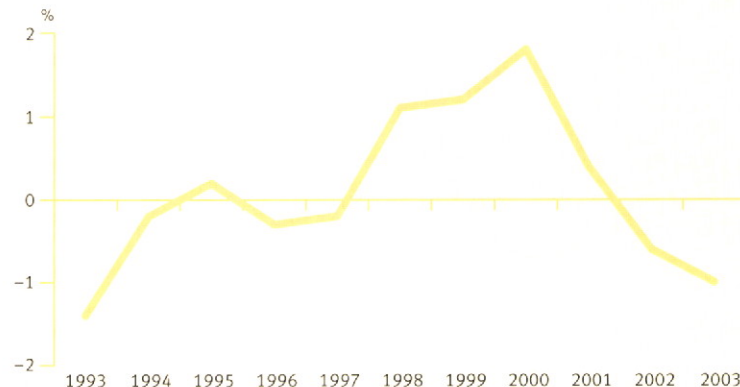
In den Dienstleistungsbereichen kam es im Jahresdurchschnitt 2003 – erstmals seit der Wiedervereinigung – zu einem Rückgang der Erwerbstätigkeit um 0,1% im Vorjahresvergleich, nachdem die Beschäftigung im Jahr 2002 noch um 0,5% gestiegen war.

Ausgeprägter Strukturwandel

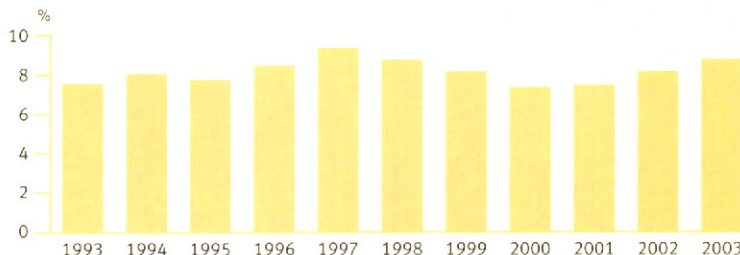
Die Erwerbstätigkeit war in den vergangenen zehn Jahren von dem Strukturwandel der deutschen Wirtschaft geprägt: Der Anteil der Erwerbstätigen in den Dienstleistungsbereichen stieg von rund 63% im Jahr 1993 auf über 70% aller Erwerbstätigen im Jahresdurchschnitt 2003 weiter an. Der Anteil der Erwerbstätigen in den Bereichen Land- und Forstwirtschaft, Fischerei, Produzierendes Gewerbe ohne Baugewerbe und Baugewerbe ging im gleichen Zeitraum weiter zurück. In der Land- und Forstwirtschaft, Fischerei sank der Anteil der Erwerbstätigen von 3,3% (1993) auf 2,4% im Jahr 2003, im Produzierenden Gewerbe ohne Baugewerbe von 26% auf 21,2% und im Baugewerbe von 8,1% im Jahr 1993 auf 6% im Jahr 2003.

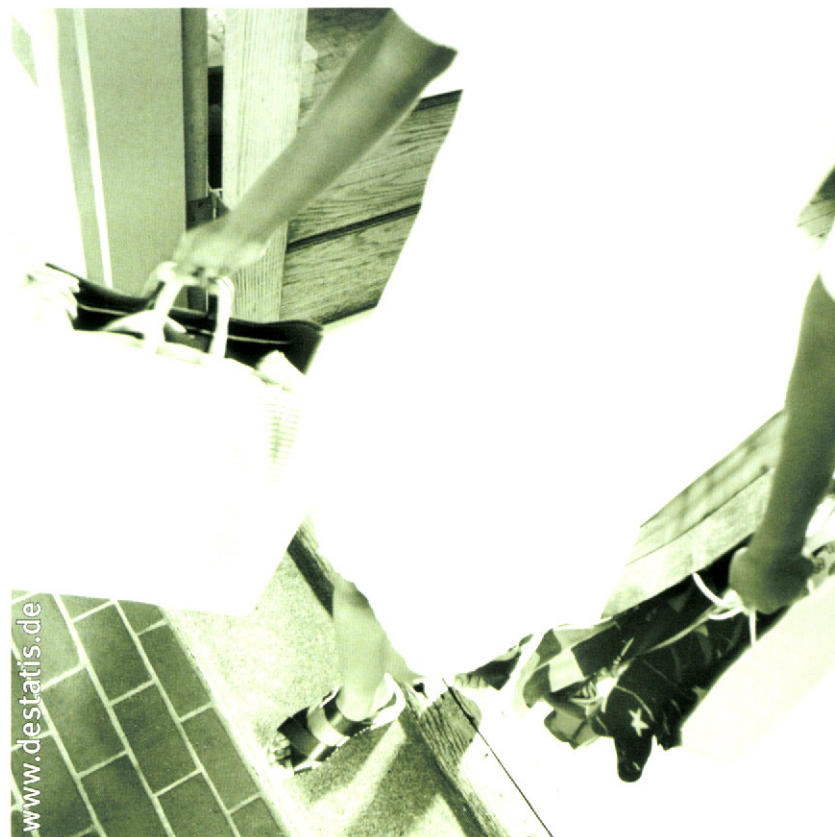
Erwerbstätige im Inland

(Veränderung gegenüber dem Vorjahr)



Anteil der Erwerbslosen (nach ILO-Definition) an allen Erwerbspersonen





Geringer Anstieg der Verbraucherpreise

Die Verbraucherpreise in Deutschland sind im Jahr 2003 durchschnittlich um 1,1% Prozent gestiegen. Damit verringerte sich die Teuerungsrate zum dritten Mal in Folge: Im Jahr 2001 hatte sie im Jahresdurchschnitt 2,0% und 2002 1,4% gegenüber dem Vorjahr betragen.

Die weitere Abschwächung der Teuerung ist vor allem auf zum Teil deutliche Preisrückgänge bei technischen Gütern wie Informationsverarbeitungsgeräten (–20,4% im Jahresdurchschnitt 2003) und Haushaltsgeräten (–0,7%) sowie stabile Preise im Nahrungsmittelsektor (–0,1%) zurückzuführen.

Alkoholische Getränke und Tabakwaren verteuerten sich 2003 im Vergleich zum Vorjahr um 5,3%, was in erster Linie an einer Erhöhung der Tabaksteuer im Januar 2003 und der damit einhergehenden Preissteigerung bei Tabakwaren um 8,4% lag.

Ebenfalls überdurchschnittlich erhöht haben sich im Vergleich zum Vorjahr u.a. die Preise für Strom (5,0%), Gas (5,1%) und leichtes Heizöl (3,7%), die generell starken Schwankungen unterliegen, sowie für die Personenbeförderung im Schienenverkehr (3,5%).

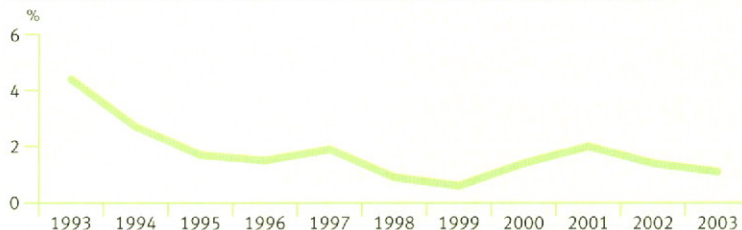
Unterschiedliche Preisentwicklung im Mobilfunk

Die Preise für Telefondienstleistungen im Mobilfunk stiegen in Deutschland im Jahresdurchschnitt um 1,1%. Davon waren in erster Linie sog. ‚Kaumtelefonierer‘ – mit einer durchschnittlichen Gesprächsdauer von 16 Minuten pro Monat – betroffen. Sie mussten im Vergleich zum Vorjahr 10,9% mehr für Telefondienstleistungen im Mobilfunk bezahlen. ‚Wenigtelefonierer‘ (42 Min/Monat) hatten mit –1,6% und ‚Durchschnittstelefonierer‘ (96 Min/Monat) mit –3,2% insgesamt gesehen niedrigere Telefonrechnungen als im Vorjahr.

Auch das Telefonieren im Festnetz hat sich im vergangenen Jahr – infolge erhöhter Anschlussgebühren – leicht (1,4%) verteuert. Während die Preise für Festnetzverbindungen durchschnittlich um 1,4% gegenüber 2002 sanken, erhöhten sich die Anschlussgebühren im gleichen Zeitraum um 5,8%.

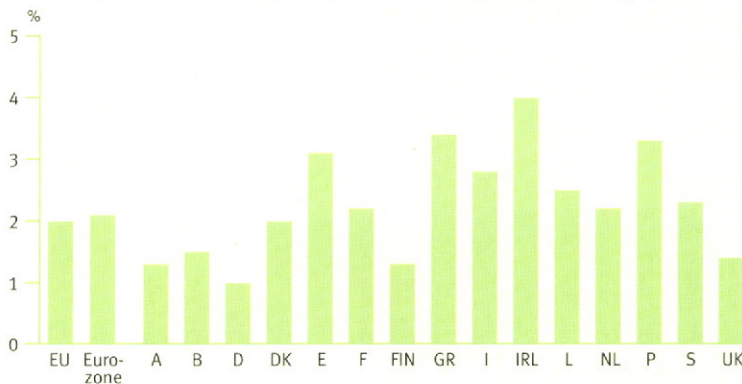
Inflationsrate in Deutschland

(Verbraucherpreisindex für Deutschland; durchschnittliche Veränderung im Vergleich zum Vorjahr)



Harmonisierte Verbraucherpreisindizes der Mitgliedstaaten der Europäischen Union

(durchschnittliche Veränderung im Vergleich zum Vorjahr)



Quelle: Eurostat-Pressemitteilung vom 21.01.2004



Langfristig erhebliche Veränderungen der Bevölkerungsstruktur

Die Bevölkerung in Deutschland ist in den vergangenen 30 Jahren um etwa 3,7 Millionen auf rund 82,5 Millionen Einwohner im Jahr 2003 angestiegen. Bis zum Jahr 2012 wird sich die Bevölkerungszahl voraussichtlich weiter bis auf 83 Millionen leicht erhöhen. Danach dürfte sie bis zum Jahr 2050 auf das Niveau des Jahres 1963 – nämlich gut 75 Millionen Einwohner – zurückgehen.

Nach der 10. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung wird es zu diesem Bevölkerungsrückgang kommen, weil in Deutschland – wie schon seit 30 Jahren – auch in den nächsten fünf Jahrzehnten weniger Kinder zur Welt kommen als Menschen sterben werden.

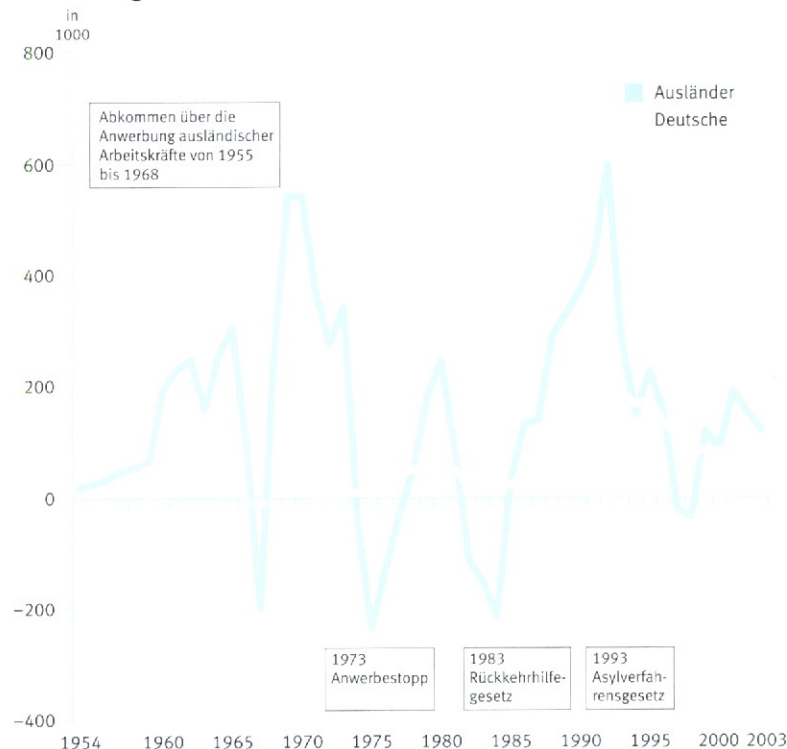
Das erwartete niedrige Geburtenniveau wird dazu führen, dass im Jahr 2050 die Jahrgänge bis zum 50. Lebensjahr generell schwächer besetzt sein werden als die älteren. Die Vorausberechnung kommt zu dem Ergebnis, dass die Zahl der unter 20-Jährigen von aktuell 17 Millionen auf 12 Millionen zurückgehen dürfte und die Gruppe der mindestens 60-Jährigen dann mit 28 Millionen mehr als doppelt so groß wäre. 80 Jahre oder älter werden im Jahr 2050 voraussichtlich 9 Millionen Personen sein – das entspräche einem Anteil von 12% an der Gesamtbevölkerung. Heute liegt dieser Anteil bei knapp 4%.

Zuwanderung schwankt stark

Die Zuwanderung nach Deutschland war in den letzten 50 Jahren starken Schwankungen unterworfen. Jahre mit hohen Zuwanderungsüberschüssen standen solchen gegenüber, in denen die Abwanderung höher als die Zuwanderung war. Durchschnittlich kamen seit 1998 pro Jahr etwa 850 000 Menschen nach Deutschland, während rund 670 000 Menschen Deutschland dauerhaft verließen. Mehr als zwei Drittel der Zuwanderer stammten aus dem europäischen Ausland, darunter vor allem Menschen aus Polen (seit 1998 pro Jahr durchschnittlich 94 000) und der Russischen Föderation (71 000). Aus der Türkei kamen durchschnittlich rund 53 000 Menschen pro Jahr nach Deutschland.

Die größte Gruppe der Zuwanderer aus dem außer-europäischen Ausland seit 1998 stellten Menschen aus den in Asien liegenden Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion (durchschnittlich 161 000 Personen pro Jahr). Unter den Zuwanderern nach Deutschland waren seit 1998 jährlich etwa 89 000 deutschstämmige Spätaussiedler. Die Zahl der Zuwanderer aus afrikanischen Staaten lag in diesem Zeitraum pro Jahr durchschnittlich bei 36 000.

Wanderungen über die Grenzen Deutschlands





Immer mehr Menschen leben allein

In den vergangenen zehn Jahren hat sich der Trend zum Single-Haushalt in Deutschland fortgesetzt. Während 1993 etwa 33% der Haushalte Einpersonenhaushalte waren, erhöhte sich dieser Anteil auf 36% im Jahr 2003: In Deutschland gibt es nun fast 14 Millionen Einpersonenhaushalte gegenüber rund 24 Millionen Mehrpersonenhaushalten. Knapp zwei Drittel der allein Lebenden sind Frauen.

Haushalte von Paaren ohne Kinder machen mit 29% die zweitgrößte Gruppe unter allen deutschen Haushalten aus. Nimmt man die Haushalte der allein Lebenden mit denen von Paaren ohne Kinder zusammen, leben in beinahe zwei Dritteln aller Haushalte in Deutschland keine Kinder mehr.

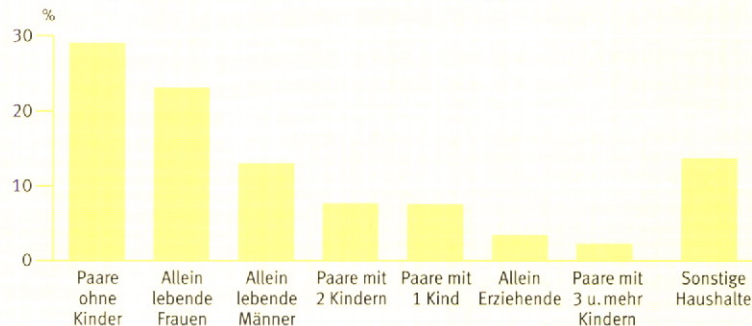
In über 15% der deutschen Haushalte leben Paare mit 1 Kind oder mit 2 Kindern (jeweils rund 8%), Paare mit 3 und mehr Kindern machen lediglich rund 2% der deutschen Haushalte aus. Der Anteil der Haushalte der allein Erziehenden ging zwischen 1993 und 1998 zunächst von 4,1% auf 3,1% zurück und ist in den vergangenen fünf Jahren erneut angestiegen. Er lag 2003 bei 3,5% aller Haushalte.

Durchschnittlich lebten 2003 in deutschen Haushalten 2,1 Personen; vor fünf Jahren waren es 2,2 Personen und 1993 noch 2,3 Personen pro Haushalt. Vor dreißig Jahren betrug die durchschnittliche Haushaltsgröße 2,7 Personen.

Deutsche Haushalte ‚altern‘

Die kontinuierlich steigende Lebenserwartung der Bevölkerung bei gleichzeitig sinkender Geburtenrate pro Frau bewirkt einen Prozess des ‚demographischen Alterns‘ und führt zu einer Veränderung der Altersstruktur der privaten Haushalte. Anfang 2003 war in rund 26% (1993: 24%) der deutschen Haushalte der Haupteinkommensbezieher 65 Jahre und älter, in 18% aller Haushalte war er – oder sie – bereits im Alter von 70 Jahren und darüber. Demgegenüber verringerte sich die Zahl der Haushalte mit einem Haupteinkommensbezieher unter 35 Jahren: So lag dieser Anteil 2003 lediglich bei 15% aller Haushalte im Vergleich zu 23% im Jahr 1993.

Struktur privater Haushalte nach Haushaltstyp 2003



Quelle: EVS 2003

Struktur privater Haushalte nach Alter des/der Haupteinkommensbeziehers/-in

Von ... bis unter ... Jahren	1998	2003
unter 25	3,6 %	3,1 %
25–35	18,0 %	12,1 %
35–45	20,5 %	22,6 %
45–55	16,6 %	20,0 %
55–65	18,4 %	16,5 %
65–70	6,3 %	8,0 %
70–80	zusammen	13,5 %
80 und mehr	16,7 %	4,3 %

Quelle: EVS 2003



Mehr Studierende denn je

Im Wintersemester des Jahres 2003/2004 studieren an deutschen Hochschulen so viele Studentinnen und Studenten wie noch nie. Gegenüber dem Vorjahr vergrößerte sich die Zahl der Immatrikulierten um fast 87 000 auf knapp über 2 Millionen Studierende.

Der größte Teil der Studierenden (71%) ist an einer Universität oder einer vergleichbaren Hochschule eingeschrieben, etwas mehr als ein Viertel besucht eine Fach- oder Verwaltungsfachhochschule (27%) und 2% studieren an einer Kunsthochschule. Der Anteil der Frauen an allen Studierenden ist in Deutschland in den letzten zehn Jahren kontinuierlich gestiegen; in diesem Jahr blieb er mit gut 47% auf dem gleichen Stand wie im Vorjahr.

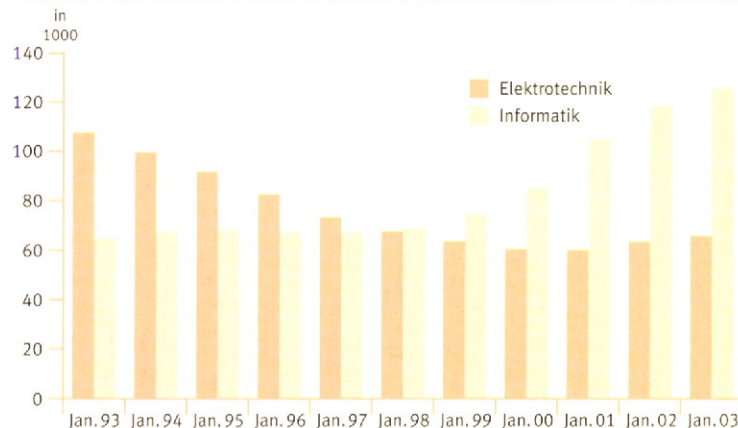
Auch die Zahl der Studienanfänger erreichte im Studienjahr 2003/2004 mit rund 385 000 einen neuen Höchststand. Dies entspricht einer Zunahme um 7% gegenüber dem Vorjahr. Nachdem sich im Vorjahr erstmals mehr Frauen als Männer neu eingeschrieben hatten, liegt die Quote der Studienanfängerinnen im Studienjahr 2003 bei 48%.

Einen Anstieg der Neueinschreibungen im Studienjahr 2003/2004 verzeichneten unter anderem die Studienbereiche Informatik (+3,5%), Maschinenbau/Verfahrenstechnik (+8%) und Bauingenieurwesen (+7%). Im Studienbereich Elektrotechnik sank die Zahl der Studienanfänger um 3%.

„Bachelor“ und „Master“

Die beliebtesten Studiengänge – gemessen an der Studierendenzahl – mit dem im Jahr 1998 in Deutschland eingeführten Bachelorabschluss waren Anfang des Jahres 2003 die Fächer Informatik (8 100), Betriebswirtschaftslehre (1 800) und Agrarwissenschaft/Landwirtschaft (1 600). Die meisten Studierenden mit dem Studienziel „Masterabschluss“ im Jahr 2003 gab es in Elektrotechnik/Elektronik (1 900), Internationale Betriebswirtschaft/Management (1 800) und Maschinenbau/-wesen (1 500).

Studierende in den Studienbereichen Elektrotechnik und Informatik



Anteil der Frauen an den Studierenden insgesamt und nach ausgewählten Studienbereichen

	Alle Fächergruppen (insgesamt)	Elektrotechnik	Informatik	Psychologie	Romanistik
Jan. 1993	39,7 %	3,9 %	13,6 %	66,1 %	79,1 %
Jan. 2003	47,4 %	7,5 %	15,9 %	74,6 %	78,6 %



Mobil Telefonieren ist gefragt

In den vergangenen fünf Jahren hat sich in Deutschland das mobile Telefonieren vollends durchgesetzt. Die Zahl der in den Privathaushalten vorhandenen Handys erhöhte sich seit 1998 von 4,5 Mill. auf 43,3 Mill. Damit verfügen rund drei Viertel aller Haushalte in Deutschland über ein Mobiltelefon. Der Zuwachs an Handys geht mit einem leichten Rückgang bei der Ausstattung mit Festnetztelefonen einher. Da vor allem Haushalte von Menschen unter 25 Jahren zunehmend auf stationäre Telefone zugunsten von Handys verzichten, waren im Bundesdurchschnitt im Jahr 2003 nur noch 94,5% aller Haushalte an das Festnetz angeschlossen; im Jahr 1998 betrug der Anteil noch 96,8%. Bei den unter 25-Jährigen lag 2003 die Ausstattung mit Festnetztelefonen lediglich bei 74%, bei allen anderen Altersklassen dagegen über 90%. Im Gegenzug wies die Altersgruppe der unter 25-jährigen mit einem Ausstattungsgrad von 93% beinahe eine Vollausstattung mit Mobiltelefonen auf.

Auch die Ausstattung privater Haushalte mit PC und Internetanschlüssen hat sich in den zurückliegenden fünf Jahren dynamisch entwickelt. So stieg beispielsweise die Zahl der PC in Privathaushalten von 16,8 Mill. 1998 auf 32,2 Mill. im Jahr 2003, was einer Zunahme des Ausstattungsgrades von 39% auf 61% aller Haushalte in diesem Zeitraum entspricht.

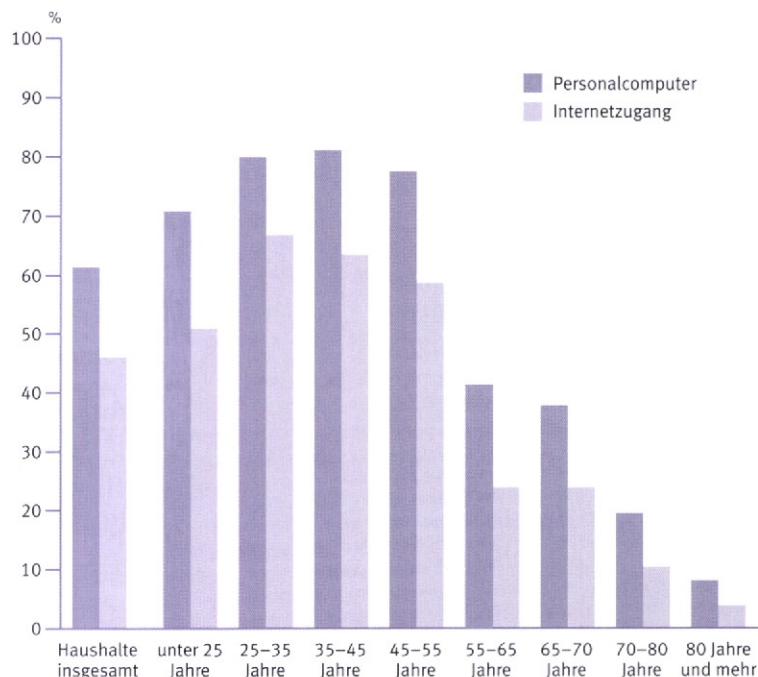
Handys kommen meist aus Finnland; PC meist aus China

Die meisten Handys in Deutschland werden aus Finnland importiert. Im Zeitraum Januar bis Oktober 2003 wurden für 926 Mill. Euro Mobiltelefone von dort nach Deutschland geliefert. Das entspricht einem Anteil von über einem Viertel aller importierten Handys. An zweiter Stelle folgt China mit einem Wert von 619 Mill. Euro (17%). Dritt wichtigster Handelspartner bei Handys ist Großbritannien. Von dort wurden von Januar bis Oktober 2003 Mobiltelefone im Wert von 515 Mill. Euro (14%) eingeführt.

Bei den Importen von PC (inklusive Zubehör) ist die Volksrepublik China inzwischen Deutschlands wichtigster Handelspartner. Bis Oktober 2003 wurden von dort PC im Wert von 1,8 Mrd. Euro nach Deutschland eingeführt. Das sind knapp 15% der Gesamtimporte von PC. An zweiter Stelle liegen die USA, die im gleichen Zeitraum PC im Wert von 1,3 Mrd. Euro (11%) nach Deutschland lieferten, gefolgt von Taiwan, woher PC mit einem Gesamtwert von 990 Mill. Euro (8%) nach Deutschland importiert wurden.

Ausstattung privater Haushalte 2003 mit PC und Internetzugang

(nach Alter des/der Haupteinkommensbezieher/s/in)



Quelle: EVS 2003



Anzahl der Gäste leicht gestiegen, Zahl der Übernachtungen konstant

Die Zahl der Gäste in Beherbergungsstätten und auf Campingplätzen ist in Deutschland in den ersten zehn Monaten des Jahres 2003 um 1,2% auf rund 112 Mill. gestiegen. Die Zahl der Übernachtungen entsprach mit 338,5 Mill. dem Niveau des Vorjahreszeitraumes. Dabei ergab sich bei den Gästen aus dem Ausland ein Zuwachs um 2,0% auf über 33 Mill. Übernachtungen, während die Übernachtungen inländischer Gäste leicht um 0,3% zurückgingen.

Die meisten Übernachtungen in Beherbergungsstätten zählte von Januar bis Oktober 2003 das Bundesland Bayern mit rund 61 Mill., 1,9% weniger als im gleichen Zeitraum des Vorjahres. An zweiter und dritter Stelle lagen Baden-Württemberg mit über 32 Mill. Übernachtungen (-3,1%) und Nordrhein-Westfalen mit insgesamt rund 30 Mill. Übernachtungen (-2,4%). Die höchsten Zuwachsraten bei den Übernachtungen erzielten im Zeitraum Januar bis Oktober 2003 Hamburg mit 7,4% und Mecklenburg-Vorpommern mit 5,5%.

Niederländer größte Gruppe unter den ausländischen Gästen

Die Niederländer waren 2003 – gemessen an den Übernachtungen – die größte Gruppe ausländischer Gäste in Beherbergungsstätten in Deutschland. So wurden im Zeitraum Januar bis Oktober 5,1 Mill. Übernachtungen von Gästen aus den Niederlanden gezählt. Mit einigem Abstand folgten Gäste aus den USA (3,2 Mill. Übernachtungen) und aus dem Vereinigten Königreich (2,8 Mill. Übernachtungen). Auf Platz vier lagen Gäste aus der Schweiz mit 2,8 Mill. gezählten Übernachtungen, gefolgt von Reisenden aus Italien (1,9 Mill. Übernachtungen).

Auf europäische Herkunftsländer insgesamt entfielen nahezu drei Viertel aller Übernachtungen ausländischer Gäste, davon rund 56% auf die Länder der Europäischen Union.

Anzahl der Übernachtungen der Gäste in Beherbergungsstätten und auf Campingplätzen (Januar bis Oktober 2003)

	Anzahl der Übernachtungen	Veränderung gegenüber dem Vorjahreszeitraum
Bundesrepublik Deutschland	277,3 Mill.	-0,9 %
1 Bayern	61,2 Mill.	-1,9 %
2 Baden-Württemberg	32,3 Mill.	-3,1 %
3 Nordrhein-Westfalen	30,2 Mill.	-2,4 %
4 Niedersachsen	29,0 Mill.	-1,9 %
5 Hessen	20,6 Mill.	-3,6 %
6 Mecklenburg-Vorpommern	20,5 Mill.	5,5 %
7 Schleswig-Holstein	19,1 Mill.	-0,2 %
8 Rheinland-Pfalz	15,8 Mill.	-0,1 %
9 Sachsen	12,1 Mill.	4,9 %
10 Berlin	9,7 Mill.	1,3 %
11 Brandenburg	7,5 Mill.	-0,5 %
12 Thüringen	7,1 Mill.	-1,0 %
13 Sachsen-Anhalt	4,7 Mill.	0,0 %
14 Hamburg	4,6 Mill.	7,4 %
15 Saarland	1,8 Mill.	-0,2 %
16 Bremen	1,1 Mill.	1,1 %

Allgemeine Informationen zum Datenangebot des Statistischen Bundesamtes:

Informationsservice:

Tel.: +49 (0) 611 / 75 24 05

Fax: +49 (0) 611 / 75 33 30

info@destatis.de

www.destatis.de

Veröffentlichungskalender der Pressestelle: www.destatis.de/presse/deutsch/cal.htm

Fotorechte:

Titelfoto: © Getty Images

Seiten 2, 4, 10: © irisblende

Seite 6: © Siemens Pressebild

Seiten 8, 16: © FontShop

Seiten 12, 14: © Getty Images

Seite 18: © Barbara Both



Weitere Informationen finden Sie auf unserer Website unter www.destatis.de.

Statistisches Bundesamt

Informationsservice

Telefon: +49 (0) 611 / 75 24 05

Telefax: +49 (0) 611 / 75 33 30

info@destatis.de

i-Punkt Berlin / Eurostat Data Shop

Telefon: +49 (0) 1888 / 644 94 27

Telefax: +49 (0) 1888 / 644 94 30

datashop@destatis.de

Für Informationen zur europäischen Statistik kontaktieren Sie unsere Website unter www.eu-datashop.de.